



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz
am 14.01.2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt
1		Anerkennung der Tagesordnung
2		Anfragen
3		Anträge
4		Vorstellung des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz - Mdl. Bericht
5		Haushaltsberatungen 2021
5.1	AUS/001/2021	Doppischer Produkthaushalt 2021 für das Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz (nur Produkte Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, Chemische und Lebensmittelüberwachung, Umwelt- und Gewässerschutz, Klimaschutzprogramm und BgA Marktwesen)
5.1.1	AUS/008/2021	Haushaltsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE: Mehr Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden von städtischen Liegenschaften Düsseldorfs
5.1.2	AUS/009/2021	Haushaltsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE: Stärkung des Förderprogrammes "Dach-, Fassaden- und Innenhofbegrünung"
5.1.3	AUS/011/2021	Haushaltsantrag der Ratsfraktion SPD/Volt: Erweiterung der Energiesparberatung für einkommensschwache Haushalte
5.1.4	AUS/012/2021	Haushaltsantrag der Ratsfraktion SPD/Volt: Kommunales Förderprogramm für Lastenräder
5.1.5	AUS/013/2021	Haushaltsantrag der Ratsfraktion SPD/Volt: Erhöhung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit auf 70.000 Euro

- | | | |
|----|----------------|---|
| 6 | AUS/006/2021 | Einheitliche Besetzung der vom Ausschuss für Umweltschutz gebildeten Kleinen Kommissionen |
| 7 | AUS/004/2021 | Fragestellungen zum Lärmaktionsplan III |
| 8 | AUS/034/2020 | Lärmaktionsplan III für Düsseldorf |
| 9 | RAT/379/2020/1 | Umsetzungsplanung Klimaschutz städtische Töchter Teil 2 (AWISTA, Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz, Stadtparkasse Düsseldorf, Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf) |
| 10 | RAT/380/2020 | Identifizierung der 20 energetisch schlechtesten Standorte im städtischen Gebäudebestand |
| 11 | AUS/003/2021 | Politisches Controlling 2. Halbjahr 2020 |
| 12 | AUS/005/2021 | Förderung der Eine-Welt-Arbeit - Zuwendungen zur Vergabe durch den Eine-Welt-Beirat und an das Eine Welt Forum Düsseldorf e.V. |
| 13 | APS/131/2020 | Bebauungsplan-Entwurf Nr. 03/028 - Westlich Volmerswerther Straße |
| 14 | APS/136/2020 | Bebauungsplan-Entwurf Nr.01/014 - Schwannstraße/Hochpunkt |

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt
1		Anerkennung der Tagesordnung
2	AUS/002/2021	Berichtswesen Vergaben 2020 - Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz (Bereiche Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, Chemische und Lebensmitteluntersuchung, Umwelt- und Gewässerschutz, Klimaschutzprogramm und BgA Marktwesen)
3	AUS/007/2021	Stellenplan 2021 für das Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz - Amt 19 (inklusive "Kommunale Abfallwirtschaft und Straßenreinigung")

Anwesend:

Peter Blumenrath	CDU	Vorsitzender
Dr. Alexander Fils	CDU	i.V. f. RH Tischendorf
Marcus Münter	CDU	
Walter Schmidt	CDU	
Dr. Andreas Schröder	CDU	
Philipp Thämer	CDU	
Dagmar von Dahlen	CDU	
Iris Bellstedt	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Annette Klinke	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Sarah Löffler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Lukas Mielczarek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Stv. Vorsitzender
Leonie Tonsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Hakim El Ghazali	SPD/Volt	i.V. f. RF Holtmann- Schnieder
Mark Schenk	SPD/Volt	
Philipp Tacer	SPD/Volt	
Klaudia Zepuntke	SPD/Volt	ab 14:50 Uhr
Karsten Dörges	FDP	
Ulf Montanus	FDP	
Heidmarie Behrens	DIE LINKE	
Christopher Schrage	Die PARTEI-Klima-Fraktion	
Torsten Lemmer	Tierschutz/FREIE WÄHLER	
Claudia Krüger	Tierschutz/FREIE WÄHLER	
Dr. Karl-Ulrich Laval	Seniorenrat	

Weitere Teilnehmende:

Beigeordnete Helga Stulgies	Dezernat für Umweltschutz und öffentliche Einrichtungen
Thomas Eberhardt-Köster	Dezernat für Umweltschutz und öffentliche Einrichtungen
Thomas Loosen	Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz
Claudia Bernau	Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz
Sandra Daub	Kämmerei
Birgit Lilienbecker	Amt für Gebäudemanagement

Christina Naujoks	Stv. Schriftführung
Dr. Kristina Neven-Daroussis	Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz
Ingo Pähler	Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz
Reinhard Streckmann	Stadtplanungsamt
Andreas Träger	Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz
Stefan Wenzel	Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz
Gerd Wiechers	Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz
Antje Wiegand	Schriftführung

I. Öffentlicher Teil

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Karsten Dörges als sachkundiges Bürgermitglied verpflichtet.

1 Anerkennung der Tagesordnung

Ratsherr Mielczarek bittet darum, die vorliegenden Haushaltsanträge in dieser Sitzung lediglich einzubringen und die abschließende Beratung in die Etatsitzung des Rates passieren zu lassen. Er begründet dies mit den anstehenden Kooperationsverhandlungen zwischen den Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Tagesordnung wird sodann bei einer Gegenstimme (Tierschutz/FREIE WÄHLER) mehrheitlich anerkannt (Ja-Stimmen: 7 CDU, 5 BÜ90/DIE GRÜNEN, 2 SPD/Volt, 2 FDP, 1 DIE LINKE, 1 Die-PARTEI-Klima-Fraktion).

2 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

3 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

4 Vorstellung des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz - Mdl. Bericht

Frau Beigeordnete Stulgies gibt anhand einer Präsentation einen kurzen Überblick über den Aufbau und die Aufgaben des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz. Sie stellt die Amtsleitung und die Abteilungs-/Institutsleitungen vor und geht insbesondere auf die aus den einzelnen Abteilungen regelmäßig in den Ausschuss eingebrachten Informations- und Beschlussvorlagen ein.

5 Haushaltsberatungen 2021

5.1 Doppischer Produkthaushalt 2021 für das Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz (nur Produkte Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, Chemische und Lebensmittelüberwachung, Umwelt- und Gewässerschutz, Klimaschutzprogramm und BgA Marktwesen) AUS/001/2021

Der Vorsitzende hebt hervor, dass die Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen, sowohl die vorliegenden Haushaltsanträge als auch die Vorlage zum doppischen Haushalt einschließlich der Anlagen zu den Veränderungsverzeichnissen und den Anregungen der Bezirksvertretungen in den Ausschuss lediglich als eingebracht zu werten und die abschließende Beratung über den Etat des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz anschließend in den Rat passieren zu lassen.

Frau Beigeordnete Stulgies erläutert ergänzend, dass erstmals ein Haushalt des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz eingebracht werde, in dem die Haushalte der zuvor separaten Ämter 19 und 39 zusammengefasst sind. Die einzelnen Produkte seien gegenüber den vergangenen Jahren jedoch unverändert geblieben. Wie Frau Beigeordnete Stulgies erklärt, konnten die Ansätze im Ergebnisplan und im investiven Finanzplan – trotz der aktuellen und zukünftigen finanziellen Herausforderungen durch Corona – stabil gehalten werden. Gegenüber der mit dem Haushalt 2020 verabschiedeten Finanzplanung 2021 ff mussten keine Kürzungen vorgenommen werden. Dies unterstreiche, dass der Umwelt-, Klima und Verbraucherschutz einen hohen Stellenwert in Düsseldorf habe.

Frau Beigeordnete Stulgies macht auf haushaltsneutrale Verschiebungen von Ansätzen aufmerksam, die im Wesentlichen den Bereich der Grundwassersanierung betreffen und mit denen auf aktuelle Entwicklungen beim Bau und Betrieb der Grundwassersanierungsanlagen reagiert werde. Ferner wird auf vorliegende Anträge aus Bezirksvertretungen zum Etat hingewiesen, denen eine Stellungnahme der Verwaltung beigefügt ist.

5.1.1 Haushaltsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE: Mehr Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden von städtischen Liegenschaften Düsseldorfs AUS/008/2021

Zusammen behandelt mit:

5.1.2 Haushaltsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE: Stärkung des Förderprogrammes "Dach-, Fassaden- und Innenhofbegrünung" AUS/009/2021

Frau Behrens begründet beide Anträge. Sie nimmt Bezug auf die Aussagen in der Kooperationsvereinbarung zwischen den Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und die darin enthaltenen Zielsetzungen zur Klimaneutralität und die avisierten finanziellen Förderungen. Wie Frau Behrens hervorhebt, zielten die beiden Anträge in dieselbe Richtung. Beantragt würden eine Aufstockung der Mittel für Photovoltaikanlagen einschließlich der Schaffung entsprechender Personalstellen sowie eine Aufstockung der Mittel des Förderprogramms "Dach/Fassaden- und Innenhofbegrünung".

5.1.3

Haushaltsantrag der Ratsfraktion SPD/Volt: Erweiterung der Energiesparberatung für einkommensschwache Haushalte

AUS/011/2021

Wie Herr Tacer eingangs erklärt, bedauere seine Ratsfraktion, dass die Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Sitzung noch nicht in der Lage seien, über die Haushaltsanträge abschließend zu beraten. Für seine Ratsfraktion erklärt er sich jedoch mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden, sämtliche Vorlagen und Anträge in den Rat passieren zu lassen. Herr Tacer hebt die Vorzüge und den vielfältigen Nutzen der Energiesparberatung für einkommensschwache Haushalte hervor und bittet spätestens für die Ratssitzung um Zustimmung zur beantragten Erweiterung dieses Programmes.

5.1.4

Haushaltsantrag der Ratsfraktion SPD/Volt: Kommunales Förderprogramm für Lastenräder

AUS/012/2021

Der Antrag wird ohne gesonderte Begründung eingebracht.

5.1.5

Haushaltsantrag der Ratsfraktion SPD/Volt: Erhöhung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit auf 70.000 Euro

AUS/013/2021

Ratsherr Schenk begründet den Antrag mit der Zielsetzung, dass die Öffentlichkeit mit einer Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit noch umfassender über die städtischen Programme und Förderungen für eine klimagerechte Stadt informiert und damit die Nachfrage zur Nutzung der Angebote gesteigert werden solle.

Frau Bellstedt hebt hervor, dass das Thema Klimaschutz in der Kooperationsvereinbarung zwischen den Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen sehr hohen Stellenwert erhalten habe. Wie Frau Bellstedt feststellt, zeigten die eingebrachten Haushaltsanträge, dass man hier dasselbe Ziel verfolge. Abschließend plädiert sie für eine Zustimmung zu den für die Ratssitzung geplanten Anträgen der Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ratsherr Dr. Schröder bringt zum Ausdruck, dass die mit den vorliegenden Anträgen vorgebrachten Themen grundsätzlich seitens der CDU-Ratsfraktion unterstützt würden. Auch in der neuen Kooperation seien der Ausbau der Solarenergie, die Dachbegrünung, Lastenräder und die Öffentlichkeitsarbeit zentrale Themen. Hier erfolge vor der Ratssitzung noch eine Detaillierung.

Ratsherr Montanus macht deutlich, dass die FDP-Ratsfraktion die angesprochenen Ziele und Themen grundsätzlich unterstütze, jedoch stelle sich die Frage der Finanzierung der Maßnahmen. Die angespannte Haushaltslage müsse bedacht werden.

Der Ausschuss nimmt die eingebrachten Haushaltsanträge zur Kenntnis. Die Anträge sowie die Beratung und Beschlussfassung über den Etat des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz (Produkte Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, Chemische und Lebensmittelüberwachung, Umwelt- und Gewässerschutz, Klimaschutzprogramm und BgA Marktwesen) werden einstimmig, bei einer Enthaltung, in den Rat passieren gelassen (Ja-Stimmen: 7 CDU, 5 BÜ90/DIE GRÜNEN, 2 SPD/Volt, 2 FDP, 1 DIE LINKE, 1 Die-PARTEI-Klima-Fraktion, 1 Enthaltung: Tierschutz/FREIE WÄHLER).

6 Einheitliche Besetzung der vom Ausschuss für Umweltschutz gebildeten Kleinen Kommissionen

AUS/006/2021

Ratsherr Lemmer bemängelt, dass die Ratsgruppe Tierschutz/FREIE WÄHLER mit dem in der Vorlage vorgeschlagenen Vorgehen zur Besetzung der Kleinen Kommissionen gegenüber den im Ausschuss vertretenen Ratsfraktionen benachteiligt werde. Er führt an, dass die Ratsgruppe Tierschutz/FREIE WÄHLER im Ausschuss mit zwei Mitgliedern und somit stärker vertreten sei als einige der Ratsfraktionen. Für den Fall, dass eine Beschlussfassung entsprechend der Vorlage erfolge, kündigt Ratsherr Lemmer mögliche rechtliche Schritte an. Zur Begründung verweist er unter anderem auf Hinweise aus der Bezirksregierung, dass das Vorgehen so nicht in Ordnung sei.

Ratsherr Lemmer beantragt,

1.) das Zurückziehen der Vorlage

und alternativ, ergänzend zur Beschlussvorlage,

2.) die Entsendung jeweils eines beratenden Mitglieds der Ratsgruppe Tierschutz/FREIE WÄHLER (ohne Stellvertretung) in die Kleinen Kommissionen

Über diese beiden Anträge wird wie folgt abgestimmt:

Der Antrag zu 1.) wird mehrheitlich, bei einer Enthaltung, abgelehnt (1 Ja-Stimme: Tierschutz/FREIE WÄHLER, 17 Nein-Stimmen: 7 CDU, 5 BÜ90/DIE GRÜNEN, 2 SPD/Volt, 2 FDP, 1 Die-PARTEI-Klima-Fraktion, 1 Enthaltung: DIE LINKE).

Der Antrag zu 2.) wird mehrheitlich, bei einer Enthaltung, abgelehnt (1 Ja-Stimme: Tierschutz/FREIE WÄHLER, 17 Nein-Stimmen: 7 CDU, 5 BÜ90/DIE GRÜNEN, 2 SPD/Volt, 2 FDP, 1 Die-PARTEI-Klima-Fraktion, 1 Enthaltung: DIE LINKE).

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich, ohne Enthaltungen (18 Ja-Stimmen: 7 CDU, 5 BÜ90/DIE GRÜNEN, 2 SPD/Volt, 2 FDP, 1 DIE LINKE, 1 Die-PARTEI-Klima-Fraktion, 1 Nein-Stimme: Tierschutz/FREIE WÄHLER) wie folgt:

1. Der Ausschuss für Umweltschutz beschließt, die folgenden durch den Ausschuss gebildeten Kleinen Kommissionen
 - Lärm
 - Wasser
 - Elektromobilität
 - Jury „Umweltprojektförderung/Verleihung des Umweltpreises“

einheitlich mit je 9 Mitgliedern sowie 9 Stellvertretungen nach folgender Aufteilung zu besetzen:

- CDU: 2 Mitglieder sowie 2 Stellvertretungen
- Bündnis 90/DIE GRÜNEN: 2 Mitglieder sowie 2 Stellvertretungen
- SPD/Volt: 2 Mitglieder sowie 2 Stellvertretungen
- FDP: 1 Mitglied sowie 1 Stellvertretung
- DIE LINKE: 1 Mitglied sowie 1 Stellvertretung
- Die PARTEI-Klima-Fraktion: 1 Mitglied sowie 1 Stellvertretung

2. Der Ausschuss für Umweltschutz beschließt, dass die Entsendung der Mitglieder in die o.g. Kleinen Kommissionen durch die berechtigten Fraktionen erfolgt und hierzu sowie auch bei erforderlichen Umbesetzungen kein Beschluss des Ausschusses erforderlich ist. Als Mitglieder der Kleinen Kommissionen können die Fraktionen neben Ratsmitgliedern auch Bürgermitglieder benennen. Die zu entsendenden Mitglieder sollen über die erforderliche Sachkunde verfügen und in der Regel dem entsprechenden Fachausschuss angehören.

7 Fragestellungen zum Lärmaktionsplan III

AUS/004/2021

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

8 Lärmaktionsplan III für Düsseldorf

AUS/034/2020

Der Ausschuss lässt die Vorlage in den Rat passieren.

9 Umsetzungsplanung Klimaschutz städtische Töchter Teil 2 (AWISTA, Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz, Stadtparkasse Düsseldorf, Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf)

RAT/379/2020/1

Einer von Ratsfrau Löffler geäußerten Bitte folgend, wird seitens der Verwaltung zugesagt, im 2-Jahres-Rhythmus den Stand der Umsetzung der Maßnahmen bei den

städtischen Töchtern abzufragen und diesen Bericht dem Ausschuss und der Kleinen Kommission Klimahilfe vorzulegen.

Ratsherr Montanus bittet darum, den Aspekt der synthetischen Fahrzeuge, insbesondere bei größeren Fahrzeugen, nicht außer Acht zu lassen.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

10

Identifizierung der 20 energetisch schlechtesten Standorte im städtischen Gebäudebestand

RAT/380/2020

Ratsherr Münter kündigt angesichts der von ihm als „Gruselliste“ bezeichneten Auflistung an, dass seine Ratsfraktion diese zum Anlass nehmen werde, politische Anträge oder Anfragen an die Verwaltung zu formulieren.

Ratsherr Mielczarek konstatiert, dass diese bereits länger angefragte Liste einige sogenannte „Brocken“ enthalte. Es sei hilfreich, dass die Bauherrenämter nun über diese Auflistung verfügen. Für eine Beurteilung der Frage, welche Maßnahmen bei geringem Einsatz den größten Nutzen bringen würden, seien jedoch darüber hinaus die jeweiligen Kosten von Interesse.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Blumenrath erläutert Frau Beigeordnete Stulgies, dass die Bauherrenämter in eigener Verantwortung sowohl die Maßnahmen koordinieren, als auch die Prüfung von Kosten und den Nutzen hinsichtlich der CO₂-Einsparung übernehmen.

Herr Tacer bringt zum Ausdruck, dass die vorgelegten Informationen wegweisend für die Politik seien. Erforderlich sei dann noch eine wirtschaftliche Prüfung nach einer noch zu ermittelnden Methodik, bei der die Kosten mit dem Nutzen in Bezug auf die CO₂-Einsparung verglichen werden. Auf Nachfrage von Herrn Tacer berichtet Frau Beigeordnete Stulgies, dass es derzeit keinen beim Oberbürgermeister angesiedelten Expertenrat zum Klimaschutz gebe. Ob ein solcher vom neuen Oberbürgermeister ins Leben gerufen werde, sei nicht bekannt.

Der Ausschuss nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

11

Politisches Controlling 2. Halbjahr 2020

AUS/003/2021

Der Ausschuss nimmt das politische Controlling zur Kenntnis.

12

Förderung der Eine-Welt-Arbeit - Zuwendungen zur Vergabe durch den Eine-Welt-Beirat und an das Eine Welt Forum Düsseldorf e.V.

AUS/005/2021

Der Ausschuss beschließt einstimmig, ohne Enthaltungen (21 Ja-Stimmen: 7 CDU, 5 BÜ90/DIE GRÜNEN, 4 SPD/Volt, 2 FDP, 1 Die-PARTEI-Klima-Fraktion, 1 DIE LINKE, 1 Tierschutz/FREIE WÄHLER) wie folgt:

Die Mittel zur Förderung der Eine-Welt-Arbeit in Düsseldorf werden für Förderungen durch den Eine-Welt-Beirat der Landeshauptstadt Düsseldorf und zur Unterstützung des Eine Welt Forums Düsseldorf e. V. verwendet. Das Eine Welt Forum Düsseldorf e. V. (EWF) erhält zur Mitfinanzierung seiner Strukturen und für die Umsetzung eigener Projekte ab 2021 – vorbehaltlich des Haushaltsbeschlusses durch den Stadtrat - eine Zuwendung bis zu 45.000 EUR. Die Mittel werden auf Antrag des EWF von der Stadt bewilligt. Die zweckentsprechende Verwendung der Mittel muss durch entsprechende Belege nachgewiesen werden.

13

Bebauungsplan-Entwurf Nr. 03/028 - Westlich Volmerswerther Straße

APS/131/2020

Herr Streckmann stellt die Grundzüge der Planung vor und geht dabei insbesondere auf die umweltrelevanten Aspekte ein.

Ratsfrau Krüger erkundigt sich mit Bezug auf die Punkte 6.9 und 6.10 der Begründung des Bebauungsplans danach, warum im Plangebiet bereits Bäume gerodet wurden.

Ratsherr Mielczarek schließt sich dieser Frage an. Er verweist darüber hinaus auf Forderungen des Ausschusses für Wohnungswesen und Modernisierung hinsichtlich der "Verbesserung der Besonnung" im Zusammenhang mit öffentlich geförderten Wohnungen. Ratsherr Mielczarek nimmt ferner Bezug auf die Festsetzungen zur Dachbegrünung und bittet, die Investoren weiter dafür zu sensibilisieren, dass zusätzlich Photovoltaikanlagen installiert werden.

Ratsherr Dr. Schröder stellt heraus, dass seine Ratsfraktion die Planung grundsätzlich begrüße. Er bittet um Angaben, ob aus der Verschlechterung der Besonnungssituation Klagemöglichkeiten im Bereich der Bestandsbebauung erwachsen können.

Ratsherr Dr. Fils hebt als positiv hervor, dass einzelne Künstlerateliers und auch gewerbliche Nutzungen im Plangebiet erhalten werden sollen. Er nimmt Bezug auf die Festsetzungen zu nicht offenbaren Fenstern und bemängelt, dass dies selten die beste Lösung sei. Er erkundigt sich nach der Umsetzbarkeit von Fenstern nach einem in Hamburg praktizierten Modell.

Frau Behrens macht darauf aufmerksam, dass ihre Ratsfraktion fordere, einen Anteil von 50 Prozent öffentlich geförderten Wohnraums auszuweisen. Dieser Wohnraum werde dringend, auch von Menschen mit niedrigem Einkommen, benötigt. Zur Reduzierung der Luft- und Lärmbelastung gelte es auch, dadurch die Zahl der täglich nach Düsseldorf einpendelnden Menschen zu verringern. Frau Behrens spricht sich im Namen ihrer Ratsfraktion gegen die geplanten Rodungen von Bäumen aus. Der Vorsitzende weist Frau Behrens darauf hin, dass sich der Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung im Rahmen der Zuständigkeitsordnung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf mit dem Thema Wohnen beschäftigt und preisgedämpften Wohnungsbau beschlossen habe. Der Ausschuss für Umweltschutz begleite die Bebauungsplanverfahren im Rahmen seiner Zuständigkeit.

Herr Streckmann erläutert, dass die Vorgaben hinsichtlich des Anteils öffentlich geförderten Wohnungsbaus vollumfänglich berücksichtigt worden seien. Zur Frage der entfallenden Bäume führt Herr Streckmann aus, dass ein Erhalt von vorhandenen Bäumen aufgrund der geplanten Neuordnung sowie einer erforderlichen Sanierung von belasteten Böden nicht möglich ist. In Abstimmung mit dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt und dem Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz seien vor diesem Hintergrund die Genehmigungen erteilt und Rodungen von Bäumen erfolgt. Innerhalb des neuen Stadtquartiers seien Neupflanzungen von Bäumen und Solitärgehölzen sowohl auf öffentlichen Erschließungsflächen als auch in den privaten Wohnhöfen vorgesehen.

Wie Herr Streckmann erläutert, habe die Gesamtbetrachtung und Abwägung der umfassend ermittelten betroffenen öffentlichen und privaten Interessen ergeben, dass in Einzelfällen auch erhebliche Änderungen der Besonnungssituation an einzelnen Fassaden hingenommen werden können, um die verfolgten städtebaulichen Ziele umzusetzen.

Zur Frage der Installation von Photovoltaikanlagen führt Herr Streckmann aus, dass die enthaltenen Festsetzungen zur Dachbegrünung die Errichtung von Photovoltaikanlagen nicht ausschließen.

In Bezug auf die Nachfrage von Ratsherrn Dr. Schröder erläutert Herr Streckmann, dass nach derzeitigem Planungsstand eine Verbesserung der Besonnungssituation erreicht werde, indem die möglichen Maximalkubaturen der künftigen Baukörper nicht ausgeschöpft werden. Gegenüber älteren Verfahrensständen (Stand: Trägerbeteiligung gemäß Paragraf 4 Absatz 2 BauGB) sei die Höhenausbildung und Geschossigkeit an zwei weiteren Stellen zur Verbesserung der Belichtungssituation reduziert worden. Zum Teil sei die Geschossigkeit auf fünf Geschosse angepasst worden. Zudem sei der ausreichende Lichteintrag über diffuses Licht und entsprechende Fenstergrößen für das nachgeordnete Bauantragsverfahren bereits untersucht worden. Eine zusätzliche Verbesserung für die Planbebauung ergäbe sich durch eine weitere Optimierung der Grundrisse.

Zur Frage von Ratsherrn Dr. Fils nach der Einsetzbarkeit von Fenstern nach dem Hamburger Modell erläutert Herr Streckmann, dass diese Fenster aus schalltechnischer Sicht zwar relativ positiv zu werten seien, jedoch sei die Lüftungswirkung aufgrund des stark beschränkten Kippwinkels dieser Fenster zu vernachlässigen. Herr Loosen weist ergänzend darauf hin, dass der Verwaltung diese in Hamburg eingesetzten Fenster bekannt seien. Gerade in den verdichteten städtischen Bereichen müsse jedoch häufig in Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt um die beste Lösung gerungen werden. Herr Wiechers erläutert zu den in Hamburg eingesetzten Fenstern, dass diese zur Reduzierung einer eher mittleren Lärmbelastung im Bereich des Hafens entwickelt worden seien. Bei der vorliegenden Planung handle es sich um Schienenlärm mit einer - insbesondere nachts - höheren Lärmbelastung, für die diese Fenster nicht ausreichen würden.

Ratsherr Mielczarek räumt ein, dass der Entfall von Bäumen aufgrund der Altlastensanierung nachvollziehbar sei. Das Verhältnis für den Ersatz von Bäumen (1:1 oder 1:2) bedürfe jedoch weiterer politischer Diskussion.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Montanus erläutert Herr Streckmann, dass den Investoren immer das Angebot der Stadtwerke offenstehe, eine frühzeitige Beratung wahrzunehmen, um ausreichend leistungsstarke Kabel für die Installation von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge in den Tiefgaragen vorzusehen. Die Errichtung von Ladesäulen könne nicht im Bebauungsplan festgesetzt werden.

Sodann stimmt der Ausschuss für Umweltschutz dem Bebauungsplan-Entwurf Nr. 03/028 – Westlich Volmerswerther Straße - im Rahmen seiner Mitwirkung gem. § 18 Abs. 4 der Zuständigkeitsordnung mehrheitlich zu und empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung eine vorlagegemäße Beschlussfassung (1 Nein-Stimme: Tierschutz/FREIE WÄHLER, 20 Ja-Stimmen: 7 CDU, 5 BÜ90/DIE GRÜNEN, 4 SPD/Volt, 2 FDP, 1 Die-PARTEI-Klima-Fraktion, 1 DIE LINKE).

14 Bebauungsplan-Entwurf Nr.01/014 - Schwannstraße/Hochpunkt APS/136/2020

Ratsfrau Krüger bringt ihre Kritik an der Fällung von 17 Bäumen zum Ausdruck und verweist auf deren positive Wirkung auf das Klima und für die Tiere.

Frau Bellstedt begrüßt den in der Planung festgesetzten Kollisionsschutz. Danach ist dem erhöhten Risiko von Vogelschlag durch die Verwendung von vogelfreundlichem Glas oder durch geeignete konstruktive Maßnahmen zu begegnen. Hiermit werde einer Forderung des Ausschusses für Umweltschutz nachgekommen, der sich mit diesem Thema intensiv befasst habe.

Ratsherr Mielczarek äußert Kritik daran, dass es über Gespräche mit den Investoren nicht möglich gewesen sei, über Planungsalternativen einen Erhalt von weiteren Bäumen zu erreichen. Herr Streckmann erläutert, dass im vorliegenden Fall ein Wettbewerb vorangegangen sei und somit bereits viele Aspekte im Vorfeld geklärt worden seien. In früheren Beteiligungsschritten des Planverfahrens wären Anpassungen der Planungen eher möglich gewesen. Eine Verschiebung der Zufahrt in östliche Richtung sei wegen der vorhandenen angrenzenden Wohnbebauung nie möglich gewesen. Ratsherr Mielczarek regt an, mit mehr Kreativität an derartige Planungen heranzugehen. Er regt ferner eine Informationsveranstaltung für Kommunalpolitiker*innen zu diesem Thema an.

Frau Behrens macht deutlich, dass ihre Ratsfraktion sämtliche Planungen ablehnen werde, bei denen Bäume gefällt werden.

Sodann stimmt der Ausschuss für Umweltschutz dem Bebauungsplan-Entwurf Nr. 01/014 – Schwannstraße / Hochpunkt - im Rahmen seiner Mitwirkung gemäß §18 Abs.4 der Zuständigkeitsordnung mehrheitlich, bei 2 Enthaltungen zu und empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung eine vorlagegemäße Beschlussfassung (1 Nein-Stimme: Tierschutz/FREIE WÄHLER, 18 Ja-Stimmen: 7

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz
Sitzungsdatum 14.01.2021
SI-AUS/001/2021E

CDU, 5 BÜ90/DIE GRÜNEN, 4 SPD/Volt, 2 FDP, 2 Enthaltungen: 1 Die-PARTEI-Klima-Fraktion, 1 DIE LINKE).

Ende der öffentlichen Sitzung: 15:38 Uhr

Anschließend nichtöffentliche Sitzung

Ratsherr Blumenrath
Vorsitzender

Ratsherr Mielczarek
stellv. Vorsitzender

Stulgies
Beigeordnete

Wiegand
Schriftführerin